

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4855

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4855



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

CHINA

STRATEGIE

GRÜNES POSITIONSPAPIER



© Axel Heimken/AFP/Getty Images

**GRÜNE
LES VERT·E·S**
GRUENE.CH/VERTS.CH

Die Schweiz hat mit ihrer China-Politik die geopolitischen Risiken und Abhängigkeiten bislang sträflich ignoriert. Und sie hat aus kurzfristigen ökonomischen Interessen über die massiven Menschenrechtsverletzungen in China hinweggeschaut. Doch die chinesische Politik unter Xi Jinping hat in den letzten Jahren nicht nur die Repression gegen innen verstärkt, sondern sie bedroht zunehmend auch die internationale Stabilität.

Die Schweizer Aussen- und Innenpolitik hat bisher kaum auf diese Entwicklungen reagiert. Das muss sich ändern. Mit dem vorliegenden Positionspapier schlagen GRÜNEN darum eine neue China-Strategie inklusive konkreter politischer Massnahmen vor, mit welchen die Schweiz diesen neuen Herausforderungen begegnen kann. Das Positionspapier wurde am 14.05.2024 von der Geschäftsleitung der GRÜNEN verabschiedet.

1 DER AUFSTIEG CHINAS ZUR WELTMACHT UND DIE DAMIT EINHERGEHENDEN HERAUSFORDERUNGEN

China hat in den letzten Jahrzehnten einen rasanten Aufstieg zur wirtschaftlichen, politischen und immer mehr auch zur militärischen Weltmacht vollzogen. China ist heute die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt und der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz (wenngleich mit grossem Abstand zur EU und den USA). Politisch gewinnt China in den internationalen und multilateralen Organisationen an Einfluss. Durch Infrastrukturprojekte und aufgrund wirtschaftlicher Abhängigkeiten zunehmend auch in vielen Ländern des globalen Südens. Und auch militärisch rüstet China immer mehr auf – in neue Waffensysteme, im Cyberbereich aber auch bei seinem Nuklearwaffenarsenal.

Doch die “Wandel durch Handel”-Politik ist gescheitert: Die lang gehegten Hoffnungen, dass die Integration Chinas in die Weltwirtschaft und in die multilateralen Organisationen zu einer gesellschaftlichen Öffnung und einer Zunahme an individuellen und politischen Freiheiten führt, haben sich als Illusion erwiesen: Die Kommunistische Partei Chinas unter Führung von Xi Jinping baut China vielmehr und spätestens seit 2013 immer stärker zu einem totalitären Staat um. Ausdruck davon sind etwa die umfassende staatliche Zensur, die digitale und biometrische Massenüberwachung der Bevölkerung oder die systematische Unterdrückung politischer, religiöser und ethnischer Minderheiten. Hinzu kommen die Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltschützer*innen und politischen Dissident*innen sowie die massenhafte Vollstreckung von Todesstrafen. Die Menschenrechtssituation ist insbesondere – aber nicht ausschliesslich – in den Regionen Xinjiang und Tibet, wo die chinesische Regierung mutmasslich systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, katastrophal: Hunderttausende Uigur*innen wurden etwa in Internierungs- und Umerziehungslager eingewiesen und zu Zwangsarbeit gezwungen. Und auch die Unterdrückung der Tibeter*innen und ihrer Kultur geht unvermindert weiter. Der lange Arm des chinesischen Regimes zur Einschüchterung von ethnischen Minderheiten wie den Uigur*innen und den Tibeter*innen reicht dabei bis in die Schweiz.

Der Aufstieg Chinas unter Führung der kommunistischen Partei Chinas ist aber nicht nur eine Gefahr für die chinesische Bevölkerung, sondern auch eine Bedrohung für die internationale Stabilität. Denn der Aufstieg Chinas ist mit einer immer aggressiveren Durchsetzung von nationalistischen Interessen und imperialistischen Besitzansprüchen verbunden. So nehmen etwa die Spannungen im ost- und v.a. im südchinesischen Meer sowie

an der Grenze mit Indien seit Jahren zu. Gleichzeitig nimmt China einen immer stärkeren Einfluss in den multilateralen Gremien und versucht dort, das Völkerrecht und die universelle Geltung der Menschenrechte zu relativieren. China etabliert sich dadurch, in Teilen des globalen Südens wie auch bei autoritären und rechtspopulistischen Bewegungen in Europa oder in den USA, zunehmend als Alternativmodell zu den westlichen, liberalen Demokratien. Der drohende militärische Überfall Chinas auf Taiwan schliesslich dürfte zu ungeahnten und ungekannten Verwerfungen der globalen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik führen. Doch aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit entlang der globalen Lieferketten – und der damit einhergehenden verwundbaren Versorgungssicherheit – ist die Handlungsfähigkeit vieler westlicher Staaten, darunter auch der Schweiz, im Ernstfall in Frage gestellt.

Die Beziehung zu China ist schliesslich auch aus umwelt- und klimapolitischer Perspektive bedeutend, denn China ist heute der grösste Treibhausgasemittent der Welt – aufgrund seiner hohen Bevölkerungszahl und des legitimen Anstieges des Wohlstands, aber auch wegen seiner ungenügenden und kohleintensiven Energie- und Klimapolitik sowie der Auslagerung von emissionsintensiven Produktionsprozessen von Europa nach China. Die Schweizer Handels- und Wirtschaftspolitik muss folglich auch die damit einhergehende Umwelt- und Klimabelastung endlich in den Blick nehmen und die von der Schweiz verursachten Auslandemissionen in China reduzieren.

Trotz all dieser Herausforderung ist der Umgang der Schweiz mit China noch immer sowohl von Naivität wie auch von Opportunismus geprägt: Die Haltung der Schweiz ist naiv, weil sie sowohl Abhängigkeiten wie auch die geopolitischen Herausforderungen ignoriert. Die Haltung der Schweiz ist opportunistisch, weil sie kurzfristige ökonomische Interessen über die massiven Menschenrechtsverletzungen stellt. Und nicht zuletzt ist die Haltung auch für die Schweiz selbst gefährlich, weil die Schweizer Wirtschafts- und Handelspolitik letztlich auch eine Regierung finanziert, welche Werten wie der Demokratie und den Freiheitsrechten feindlich gegenübersteht und diese aktiv bekämpft.

Die Schweiz muss diese Haltung dringend ablegen und eine China-Strategie verfolgen, die der Gefahr, welche China für die internationale Ordnung, für die Rechte von Millionen Menschen und letztlich auch für die Sicherheit der Schweiz darstellt, gerecht wird. Diese China-Strategie muss sich an folgenden Zielen orientieren:

- Reduktion der wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Stärkung der Versorgungssicherheit (Kapitel 2)
- Null-Toleranz bei systematischen und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen (Kapitel 3)
- Bekämpfung der Klima- und der Umweltverschmutzung (Kapitel 4)
- Stärkung einer regelbasierten Weltordnung und Reduktion von geopolitischen Risiken (Kapitel 5)

Zur Rolle Chinas in der internationalen Gemeinschaft

Das heutige China baut auf einer bemerkenswerten kulturellen, religiösen und auch politischen Vielfalt auf, welche aufgrund des hegemonialen Anspruchs der kommunistischen Partei Chinas zu oft vergessen geht. Aufgrund der jahrtausendealten stolzen – aber auch schmerzhaften – Geschichte der chinesischen Kultur ist es richtig, dass China eine bedeutendere Rolle in der internationalen Gemeinschaft einnimmt. Es ist darum auch explizit nicht das Ziel der GRÜNEN, die andauernde westliche Dominanz in der internationalen

Staatengemeinschaft aufrechtzuerhalten. Der Aufstieg Chinas unter der Führung der Kommunistischen Partei und von Xi Jinping geht jedoch mit einer massiven Relativierung universeller Konzepte wie der Menschenrechte oder auch der Demokratie einher. Das darf weder für uns GRÜNE noch für die Schweiz ein akzeptables Vorgehen sein.

2 WIRTSCHAFTLICHE ABHÄNGIGKEITEN REDUZIEREN, VERSORGUNGSSICHERHEIT STÄRKEN

Chinas ist längst nicht mehr nur Fertigungsland billiger Produkte für den Massenkonsum. Dank strategischer Investitionen soll China auch in wichtigen Zukunftstechnologien führend werden. Und schon heute ist die Schweiz in vielen wichtigen Bereichen einseitig von China abhängig. Das gilt beispielsweise – aber bei weitem nicht nur – für die Photovoltaik: In den letzten zehn Jahren hat China rund 49 Milliarden Euro in Photovoltaik-Produktionskapazitäten investiert; das ist zehnmal so viel wie Europa. Die zehn wichtigsten Firmen kommen heute aus China, wohingegen die Produktion in Europa praktisch verschwunden ist. Der Anteil Chinas an allen Fertigungsstufen von Solarmodulen liegt bei über 80%.¹ Der Grund dafür sind u.a. staatlich herbeigeführte Marktverzerrungen, gegen die europäische oder Schweizer Produzenten ohne entsprechende Kompensationsmassnahmen keine Chancen haben.

Diese starke Abhängigkeit von chinesischen Solarmodulen ist ein grosses strategisches Risiko, welches die aussenpolitische Handlungsfähigkeit, die Versorgungssicherheit und letztlich auch die Energiewende der Schweiz gefährden. **Die USA und die Europäische Union haben diese Risiken längst erkannt und investieren mit ihrem *Green Deal* respektive dem *Inflation Reduction Act* massiv in den Aus- und Aufbau einer eigenen Photovoltaikproduktion. Nicht so die Schweiz.** Der Bundesrat lehnt trotz der sicherheitsrelevanten Abhängigkeiten weiterhin alle wirtschaftspolitischen Massnahmen ab, welche diesen Wettbewerbsverzerrungen etwas entgegensetzen könnten. Er vertraut blind darauf, dass der vermeintlich freie Markt die öffentlichen Interessen erfüllen wird.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz setzt in Zusammenarbeit mit der EU einen Green Deal zur Stärkung der schweizerischen und europäischen Solarindustrie um.²**
- **Der Bundesrat analysiert die wirtschaftlichen Abhängigkeiten und ihrer Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.** Daraus abgeleitet werden zusätzliche wirtschaftspolitische Massnahmenpläne für weitere Branchen erarbeitet, bei welchen eine sicherheitsrelevante Abhängigkeit besteht. Dadurch sollen die Lieferketten diversifiziert werden.

Ein weiteres sicherheitspolitisches Risiko für die Schweiz ist die Abhängigkeit von chinesischen Unternehmen beispielsweise bei der Telekommunikationsinfrastruktur sowie die Übernahme von schweizerischen Unternehmen oder von kritischer Infrastruktur durch staatliche oder staatsnahe chinesische Akteure. Solche Übernahmen können auch zur Durchsetzung strategischer oder geopolitischer Interessen genutzt werden und durch die Schaffung von Abhängigkeiten die Versorgungssicherheit gefährden. Schliesslich können sie, das zeigen verschiedene Beispiele rund um die chinesische *Belt and Road*

¹ Bericht der Internationalen Energieagentur vom August 2022: «[Special Report on Solar PV Global Supply Chains](#)»

² Die GRÜNEN haben einen entsprechenden [Massnahmenplan](#) im Herbst 2023 publiziert. Der Green Deal für die Solarindustrie soll dafür sorgen, dass i) [bei öffentlichen Aufträgen mehr Photovoltaikmodule aus europäischer oder schweizerischer Produktion verbaut werden](#), ii) [zusammen mit der Branche ein weitergehender Aktionsplan zur Stärkung der schweizerischen und europäischen Produktion erarbeitet wird](#) und iii) [sich die Schweiz an die EU-Programmen zur Stärkung der grünen Industrie in Europa anschliesst](#).

Initiative, die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz einschränken. Als innovative und offene Volkswirtschaft ist die Schweiz besonders verletzlich für solche Einflussversuche – und sie hat diesen bisher kaum etwas entgegenzusetzen. U.a. lehnt der Bundesrat weiterhin die Einführung einer Investitionsprüfung ab.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz führt Investitionsprüfungen ein**, um potenziell sicherheitsrelevante Übernahmeversuche durch ausländische Akteure frühzeitig zu erkennen und, falls notwendig, zu unterbinden.³
- **Die Schweiz schliesst beim (Aus-)Bau von kritischer Infrastruktur, z.B. bei der Kommunikationsinfrastruktur, chinesische Unternehmen, bei denen eine Verbindung zum staatlichen Sicherheitsapparat angenommen werden muss, gezielt aus.**
- **Die Schweiz definiert strategisch relevante Sektoren, welche so gut wie möglich vor dem Einfluss potenziell feindlicher Staaten wie China geschützt werden.**

Es ist nicht das Ziel der GRÜNEN, die Schweizer Wirtschaft von derjenigen Chinas abzukapseln oder ganze Wertschöpfungsketten ausschliesslich in der Schweiz abzudecken. Die heutigen Abhängigkeiten stellen allerdings ein zu grosses Risiko dar, welches die Schweiz nicht weiter eingehen darf. Neben der Diversifizierung von Lieferketten und dem Schutz von strategischen Infrastrukturen muss die Schweizer (Aussen-)Wirtschaftspolitik darum endlich von ihrer einseitigen Ausrichtung auf China als Wachstumsmarkt abkommen. Dabei ist auch das heutige Freihandelsabkommen mit China in Frage zu stellen: In seiner heutigen Ausgestaltung dient es primär dem chinesischen Regime als Propagandaerfolg und als Instrument, um die westliche Staatengemeinschaft zu spalten. **Gleichzeitig schadet das Freihandelsabkommen den Interessen der Schweiz, weil es die wirtschaftliche Abhängigkeit weiter verstärkt und weil es Schweizer Unternehmen in China nicht vor staatlicher Willkür, Industriespionage oder erzwungenen Technologietransfers schützen kann.**

Freien Handel darf es nur mit Staaten geben, welche auch die elementarsten individuellen Rechte sowie die Rechte des freien Handels achten. Dazu zählen beispielsweise die individuellen aber auch die unternehmerischen Freiheiten sowie das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit. Doch seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China hat sich die Menschenrechtslage in China massiv verschlechtert, weswegen auch immer wieder chinesische Produkte, die mit Zwangs- oder Sklavenarbeit hergestellt wurden, nach Europa und in die Schweiz importiert werden. **Angesichts dieser Rückschritte muss ein aktualisiertes Freihandelsabkommen griffige und verbindliche Mechanismen zur Durchsetzung der Menschenrechte und von grundlegenden ökologischen oder sozialen Standards beinhalten. Wenn dies nicht gelingt, müssen die Verhandlungen abgebrochen und das bestehende Freihandelsabkommen gekündigt werden.**

Es ist in diesem Kontext zu betonen, dass auch aus rein volkswirtschaftlicher Perspektive eine Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehung zur EU viel bedeutender ist als eine weitere Intensivierung des Handels mit China: Heute findet mehr als die Hälfte des gesamten Schweizer Handels mit der EU statt, das ist zehn Mal mehr als mit China.

³ Siehe [Forderungen der GRÜNEN für die Einführung von Investitionsprüfungen und Schaffung eines Bundesgesetzes über die Prüfung ausländischer Investitionen.](#)

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz kündigt das bestehende Freihandelsabkommen mit China, sofern dieses nicht mit griffigen und verbindlichen Mechanismen zur Durchsetzung der Menschenrechte und von ökologischen und sozialen Standards ergänzt werden kann.**
- **Die Schweiz stoppt umgehend die staatliche Investitions-, Export- und Importförderung von und nach China z.B. durch die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV oder durch Switzerland Global Enterprise.** Private Investitionen in China dürfen nicht weiter durch Steuergelder abgesichert und somit gefördert werden.

3 NULL-TOLERANZ BEI SCHWERWIEGENDEN ODER SYSTEMATISCHEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Die Menschenrechtslage in China ist desolat. Menschenrechtsorganisationen und Vertreter*innen von Minderheiten machen seit Jahren auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufmerksam, welche in Tibet und Xinjiang verübt werden. Ein 2021 publizierter Bericht von Amnesty International⁴ beispielsweise wies systematisch staatlich organisierte Masseninhaftierungen, Folterungen und Verfolgungen verschiedener ethnischer Minderheiten in der Region Xinjiang nach. Hinzu kommen die zahlreichen Vorwürfe über Zwangsarbeit in der Region Xinjiang, in welcher auch Schweizer Unternehmen beispielsweise aus der Maschinen- oder Textilbranche tätig sind. Mittlerweile hat auch ein Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte⁵ viele der Anschuldigungen bestätigt und schwere Menschenrechtsverletzungen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgedeckt. Auch in Tibet ist die Menschenrechtslage prekär: Tibeter*innen werden vom chinesischen Staat weiterhin massiv diskriminiert und ihrer Religions- und Glaubensfreiheit sowie ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit beschnitten.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz muss die thematischen Sanktionen der Europäischen Union übernehmen, welche diese aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang beschlossen hat.**
- **Die Schweiz passt das Embargogesetz an, damit sie in der Lage ist, auch eigenständige Sanktionen zu ergreifen.**
- **Die Schweiz führt ein eines ambitionierten Lieferkettengesetz analog zur Europäischen Union ein.** Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Lieferketten auf Verstösse gegen die Menschenrechte sowie Klima- und Umweltschädigungen zu überprüfen und diese auszuschliessen.
- **Die Schweiz erlässt ein Importverbot von Gütern, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden.**
- **Die Schweiz unterstützt mit diplomatischen Mitteln die Bemühungen der tibetischen und uigurischen Behörden und Bevölkerungen zur Durchsetzung ihrer Rechte.**

⁴ Amnesty International (2021): [«Like we were enemies in a war” China’s mass internment, torture and persecution of Muslims in Xinjiang»](#).

⁵ United Nations Human Rights Office of the High Commissioner (2022) : [«OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People’s Republic of China»](#)

Die Kommunistische Partei Chinas unter Führung von Xi Jinping hat in den vergangenen Jahren nicht nur die politische Macht weiter zentralisiert, sondern baut China auch immer stärker zu einem totalitären Staat um. Ausdruck davon sind etwa die umfassende staatliche Zensur sowie die massive Repression gegen politische Dissident*innen, Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen. Das Regime setzt zudem digitale und biometrische Massenüberwachung zur sozialen Disziplinierung der Bevölkerung ein. Hinzu kommt, dass in China jedes Jahr tausende Menschen hingerichtet werden – mehr als in allen anderen Ländern der Welt zusammen.⁶ Die Schweiz und China haben zwar vor kurzem den Menschenrechtsdialog wieder aufgenommen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen ist es jedoch mehr als fraglich, ob dieser in Zukunft auf konkrete Fortschritte der Menschenrechtssituation in China hinwirken kann.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz muss über den wieder aufgenommenen Menschenrechtsdialog auf konkrete Fortschritte der Menschenrechtssituation in China hinwirken und chinesische Menschenrechtsverstöße systematisch verurteilen.** Die bisherige Wirkung des Menschenrechtsdialogs soll vom Bundesrat evaluiert und entsprechende Konsequenzen gezogen werden.
- **Die Schweiz unterstützt Nichtregierungsorganisationen (finanziell), welche sich für Minderheiten, religiöse Freiheiten und die Menschenrechte in China einsetzen.**
- **Die Schweiz unterbindet den Exports von Kriegsmaterial, von Dual Use- und von weiteren Gütern, welche für die Überwachung der chinesischen Bevölkerung verwendet werden können.** (Forschungs-)Kooperation in solch sensiblen Bereichen dürfen zudem nicht durch öffentliche Mittel unterstützt werden und sind einzustellen. Dazu zählen auch Bereiche wie DNA-Tests oder Hard- und Software für Überwachungskameras, welche nicht zwingenderweise als Dual Use Güter gelten.

Der lange Arm des chinesischen Regimes reicht bis in die Schweiz und bedroht auch hierzulande die Meinungsäusserungs- und die Versammlungsfreiheit. Weltweit sind Fälle dokumentiert, wie der chinesische Staat Angehörige der uigurischen und tibetischen Minderheiten und ihre Organisationen überwacht und unterwandert. In der Schweiz berichten insbesondere Tibeter*innen über vermehrte Einschüchterungs- und Überwachungsversuche, beispielsweise durch die chinesische Botschaft sowie chinesische Nachrichtendienstmitarbeiter*innen. Darüber hinaus sind auch Fälle militärischer und industriepolitischer Spionage sowie von chinesischer Einflussnahme beispielsweise an Hochschulen oder über die Konfuzius-Institute publik. Der Nachrichtendienst des Bundes geht von dutzenden chinesischen Nachrichtendienstangehörigen aus, die als Botschafts- oder Konsulatsmitarbeiter*innen getarnt sind und in der Schweiz agieren – u.a. auch zur Kontrolle der chinesischen Diaspora in der Schweiz.⁷ Diese Unterwanderung darf nicht akzeptiert werden, denn sie stellt die Errungenschaften einer freien Gesellschaft sowie die innere und äussere Sicherheit der Schweiz grundsätzlich in Frage. Der Bundesrat ist gefordert, die Abwehr gegen chinesische Spionage und Einflussversuche zu verstärken.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz muss ausländische Personen, welche durch verbotene nachrichtendienstliche Tätigkeiten die innere oder äussere Sicherheit des Landes**

⁶ Siehe den Bericht von Amnesty International (2022) «[Death Sentences and Executions 2022](#)».

⁷ Siehe «[Sicherheit Schweiz. Lagebericht des Nachrichtendienst des Bundes 2023](#)».

gefährden, konsequent des Landes verweisen, da sie aufgrund der diplomatischen Immunität nicht strafrechtlich verfolgt werden können.⁸

- **Die Schweiz erarbeitet einen Aktionsplan gegen Desinformationskampagnen und Destabilisierungsversuche durch ausländische Staaten** (z.B. durch eine bessere Regulierung von Social Media Plattformen, eine Stärkung der Medienkompetenzen und von unabhängigen Medien sowie von nachrichtendienstlicher und öffentlicher Aufklärung, Erarbeitung von Vorgaben für die Zusammenarbeit mit chinesischen Hochschulen etc.).
- **Die Schweiz verstärkt den Schutz von ethnischen Minderheiten** wie beispielsweise der Uigur*innen und der Tibeter*innen in der Schweiz, welche von Einschüchterungsversuchen betroffen sind.
- **Die Schweiz gewährt konsequent Asyl für politische Dissident*innen sowie Angehörige von verfolgten Minderheiten. Zum Schutz der chinesischen Staatsangehörigen, die in der Schweiz Asyl beantragten, beendet die Schweiz sofort jegliche Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden im Asylbereich.**

4 BEKÄMPFUNG DER KLIMA- UND UMWELTVER-SCHMUTZUNG

Durch die Auslagerung der Produktionsprozesse entsteht ein erheblicher Teil der Schweizer Klima- und Umweltschäden im Ausland. Dabei kommt es auch immer wieder zu groben Verletzungen umweltrechtlicher Standards. Die in der Schweiz ansässigen Firmen müssen darum stärker Verantwortung übernehmen für die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards entlang ihrer Lieferkette. Mit einem Lieferkettengesetz (→ siehe Kapitel 3) soll nebst einer umfassenden Sorgfaltsprüfungspflicht auch eine zivilrechtliche Haftung der Unternehmen für ihre Produktionsstätten und ihre primären Zulieferer eingeführt werden.

Der jährliche Treibhausgas-Ausstoss der Schweiz beläuft sich auf 13 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Person. Davon fallen lediglich 5 Tonnen im Inland an, der Rest entsteht im Ausland durch Güter, die wir importieren.⁹ Viele dieser Emissionen fallen in China an, dem Ursprungsland zahlreicher in die Schweiz importierten Konsumgüter. Deren Produktion in China ist – trotz des rasanten Zubaus an erneuerbaren Energien – aufgrund der massiven Abhängigkeit von Kohlestrom mit hohen Treibhausgasemissionen verbunden. **Die chinesische Klimapolitik wird vom Climate Action Tracker denn auch als «höchst ungenügend» eingestuft.**¹⁰ **Die chinesischen Hersteller sind dabei auch gegenüber europäischen und schweizerischen Produzent*innen im Vorteil, welche höhere Umwelt- und Klimaauflagen zu erfüllen haben.**

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz führt ein CO₂-Grenzausgleichssystem (Klimazölle) ein** um die Auslagerung von Treibhausgasemissionen der Schweiz ins Ausland zu reduzieren und um die Schweizer Industrie vor ausländischen Ökodumping zu schützen.¹¹
- **Die Schweiz erarbeitet einen Aktionsplan zur Senkung der Auslandsmissionen und zur Reduktion des Imports von CO₂-intensiven Konsumgütern.**

⁸ Siehe u.a. Motion 23.3969 (APK-N): «[Russische und andere ausländische Spione konsequent ausweisen](#)»

⁹ Die wichtigsten importbedingten Emissionen sind Energie (für Heizen und Verkehr), Lebensmittel und Konsumgüter (siehe dazu beispielsweise den [Klimaplan der GRÜNEN](#)).

¹⁰ Climate Action Tracker (2023): «[China](#)»

¹¹ Siehe Parlamentarische Initiative 21.432 (Ryser): «[Grundlagen für ein CO₂-Grenzausgleichssystem schaffen](#)».

Gleichzeitig ist aber auch festzuhalten, dass das aktuelle Konsumniveau westlicher Industriestaaten und auch der Schweiz durch den Abbau und die Verschwendung endlicher Ressourcen nicht nachhaltig ist. Würden alle Menschen und Länder so viele Ressourcen verbrauchen wie die Schweiz, dann bräuchten wir 2,8 Erden. Wir leben auf Kosten künftiger Generationen und auf Kosten anderer, ärmerer Staaten. Es braucht darum einen grundsätzlichen Wandel hin zu mehr Suffizienz. Ein Wandel weg von der aktuellen Wegwerfwirtschaft hin zu einer sozialen und ökologischen Kreislaufwirtschaft, welche auf einen nachhaltigen und bewussten Konsum, einer langen Nutzungsdauer und auf Reparaturen statt auf Neuanschaffungen setzt. Dadurch würde die Schweiz auch ihre Abhängigkeit von China verringern.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz etabliert Netto Null und Zero Waste als Ziel der Wirtschaftspolitik** und treibt diese Ziele u.a. durch eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft und durch die Schaffung eines Rechts auf Reparatur voran.

5 GEOPOLITISCHE RISIKEN REDUZIEREN, EINE REGELBASIERTE ORDNUNG STÄRKEN

Das chinesische Regime verfolgt seine imperialistischen Machtansprüche und nationalistischen Interessen immer aggressiver. Es riskiert damit nicht nur den Frieden in der Region, sondern auch die Stabilität der gesamten internationalen Ordnung. Ausdruck davon sind die zunehmenden Spannungen im südchinesischen Meer, beispielsweise durch die völkerrechtswidrigen Besitzansprüche Chinas, die Aufschüttung künstlicher Inseln oder die (militärischen) Konflikte mit vietnamesischen und philippinischen Fischer*innen und deren Küstenwachen. Auch an seinen Landgrenzen nehmen die Spannungen Chinas mit seinen Nachbarn zu, beispielsweise mit Indien. In Hongkong werden liberale und demokratische Errungenschaften, etwa durch das neue «Sicherheitsgesetz» sowie das «Artikel-23-Gesetz», Schritt für Schritt rückgängig gemacht und die Repression verstärkt.¹² China hat damit auch endgültig seine vertragliche Zusicherung zum «Ein Land, zwei Systeme»-Konzept gebrochen, mit welchem Hongkong eine liberale, demokratische und die Menschenrechte achtende Rechtsordnung hätte garantiert werden sollen.

Auch die Drohungen gegenüber Taiwan nehmen an Intensität zu, sodass heute die Frage eher ist, wann China Taiwan militärisch zu überfallen versucht – und nicht mehr, ob es das tut. Ein solcher militärischer Überfall würde nicht nur die Weltwirtschaft, sondern die gesamte internationale Ordnung in seinen Grundfesten erschüttern. Doch die Schweiz unternimmt heute weder Schritte, die zur Prävention des Konflikts beitragen, noch bereitet es sich auf einen solchen vor. Für uns GRÜNE ist klar, dass die Solidarität der Schweiz den demokratischen Bewegungen und Staaten in der Region gilt, welche vom autoritären chinesischen Regime zunehmend herausgefordert werden. Auch die Schweiz, welche als global ausgerichteter Kleinstaat wesentlich von der Stabilität der internationalen Ordnung abhängig ist, sollte eine entsprechende Politik verfolgen – sich dabei aber gleichzeitig auf eine mögliche Eskalation des Konflikts rund um Taiwan vorbereiten (→ siehe dazu auch Kapitel 2 zur Diversifikation der Lieferketten).

¹² Siehe z.B. Interpellation 24.3265 (Walder): [«Hongkongs neues Gesetz zur nationalen Sicherheit \(Art. 23\) gefährdet die Menschenrechte. Wie reagiert die Schweiz?»](#).

Der Bundesrat muss gegenüber China folglich proaktiv klarstellen, dass die Schweiz eine militärische Invasion Taiwans als völkerrechtswidrig erachtet und dass diese, neben Sanktionen, auch eine Neubewertung der chinesisch-schweizerischen Beziehungen nach sich ziehen würde – wobei auch das bestehende Freihandelsabkommen und die Schweizer Ein-China-Politik in Frage gestellt wären. Klar ist für uns GRÜNE auch: Der Grad an Unabhängigkeit oder Autonomie, z.B. in Tibet oder in Taiwan, muss in einem demokratischen Prozess von der betroffenen Bevölkerung entschieden werden – und nicht mit militärischer Gewalt oder Repression des chinesischen Staates.

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz stärkt ihre Beziehungen mit Taiwan sowie den demokratischen Staaten in der Region, welche durch China zunehmend bedrängt werden** (beispielsweise Japan, Südkorea, Australien aber auch die Philippinen).
- **Die Schweiz stärkt gezielt die wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und parlamentarische Zusammenarbeit mit Taiwan.**
- **Die Schweiz bereitet sich darauf vor, im Fall eines Angriffs auf Taiwan eigenständige Sanktionen gegen China zu ergreifen und / oder sich entsprechenden Sanktionen der Europäischen Union anzuschliessen.**
- **Die Schweizer erleichtert die Erteilung von Aufenthaltsrechten und / oder humanitären Visa** für Menschenrechts-, Umwelt- oder Demokratieaktivist*innen sowie für die Bevölkerung von Hongkong und, im Fall einer militärischen Aggression Chinas, auch für die Bevölkerung von Taiwan.

China baut seine Macht- und Besitzansprüche aber auch im globalen Süden aus.

Durch seine *Belt and Road Initiative* und die (Vor-)Finanzierung grosser Infrastrukturprojekte treibt China immer mehr Staaten in eine Schuldenfalle und damit in seine Abhängigkeit. Diese wiederum wird für den Zugriff auf Rohstoffe genutzt sowie für politische Loyalität in internationalen und multilateralen Gremien. Wenn die Schweiz dem Einfluss Chinas (und Russlands) im globalen Süden etwas entgegensetzen will, so muss sie ihre internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten stärken – und zwar so, dass die Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse ist und den Ländern des globalen Südens echte Entwicklungschancen bietet. Doch der Bundesrat plant aktuell das exakte Gegenteil, nämlich einen massiven Rückschritt bei der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Neben der inakzeptablen Höhe der vom Bundesrat beantragten Mittel fehlt in seiner Strategie für die internationale Zusammenarbeit auch jeglicher strategische Ansatz, wie die Schweizer Aussen-, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik auf die neuen geopolitischen Realitäten reagieren will.¹³

Forderungen der GRÜNEN:

- **Die Schweiz baut die internationale Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens, insbesondere in Afrika, aus** und erhöht die Mittel der internationalen Zusammenarbeit mindestens auf die international vereinbarten 0.7% des Bruttonationaleinkommens.
- **Die Schweiz baut die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten aus**, mittels wirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit über das SECO, mittels neuer Wirtschaftsabkommen und durch die Förderung des fairen Handels.
- **Die Schweiz baut ihre internationalen Aktivitäten zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus.**

¹³ Siehe u.a. [Vernehmlassungsantwort der GRÜNEN zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025-2028 des Bundesrates](#).

Auf multilateraler Ebene drängt China in das Vakuum, welches die USA zunehmend hinterlassen haben. Es verstärkt seinen Einfluss in den multilateralen Organisationen systematisch und nutzt diesen, um die Interessen des eigenen Regimes durchzusetzen sowie um das Völkerrecht und die universelle Geltung der Menschenrechte zu relativieren. Beispielhaft dafür stehen der Versuch, die Publikation eines Berichts des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte zur Situation in Xinjiang zu verhindern. Oder die Verhinderung einer Verurteilung der Militärjunta in Myanmar im UNO-Sicherheitsrat. China ignoriert aber auch internationale Gerichtsurteile über seine völkerrechtswidrigen Besitzansprüche im südchinesischen Meer oder hält – trotz des völkerrechtswidrigen Überfalls auf die Ukraine – an der Zusammenarbeit mit Russland fest. Die Schweiz kann diese Machtpolitik nicht eigenständig verhindern, sie kann aber zur Stärkung der multilateralen und regelbasierten Weltordnung beitragen. Indem sie eine aktive, wertbasierte und v.a. auch eine kohärente auf das Völkerrecht ausgerichtete Aussenpolitik betreibt und jegliche Relativierung der Menschenrechte verurteilt. Indem sie ihre Beziehungen zu demokratischen Partnern in der Region ausbaut und die Demokratie und den Rechtsstaat weltweit fördert. Indem sie die multilateralen Organisationen und insbesondere die UNO-Gremien personell und finanziell stärkt. Und indem die Schweiz endlich anerkennt, dass es sich beim heutigen China um einen zunehmend totalitären Staat handelt, welcher dabei ist, die internationale Ordnung zu destabilisieren.